

Morgens

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
 Vierteljahr 1.50, —, monatl. 50, —, M.
 Post für Bonn, heraus zahlbar. Woh-
 lichtung: Monatsl. 50, —, einl. 100, —
 Postgebühren: Unter Kreuzband für
 Deutschland, Belgien, Saar u. Rhein-
 land, sowie Österreich u. Luxemburg
 84, —, für das übrige Ausland
 102, —. M. Postbestellungen nehmen
 an Belgien, Dänemark, England, Est-
 land, Finnland, Frankreich, Holland,
 Portugal, Rumänien, Österreich,
 Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei
 und Ungarn.
 Der „Morgens“ mit der Sonntags-
 beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
 haltungsbeilage „Gemut“ und der
 Beilage „Bildung und Kringarten“
 erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
 und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:
 Die einseitige Kompositionelle
 Zeile 16, —, —, Restzeile 10, —, M.
 „Kleinanzeigen“ des Freitagabends
 Wort 4, —, M. (täglich zwei seite-
 gebrachte Worte), jeden weitere Wort
 2, —, M. Stellenangebote und Schla-
 f-Anzeigen das erste Wort 2,50 M.,
 jedes weitere Wort 2, —, M. Worte
 über 15 Buchstaben zahlen für zwei
 Worte. Familien-Anzeigen für Abon-
 nenten Zeile 8, —, M.
 Anzeigen für die nächste Nummer
 müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
 Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
 strasse 3, abgegeben werden. Gedruckt
 von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
 Fernsprecher: Redaktion Morinplan 15195-97
 Expedition Morinplan 11753-54

Freitag, den 9. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
 Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
 Abteilung Morinplan 11753-54

Vor der Entscheidung des Morgan-Komitees.

Paris, 9. Juni. (W.B.) Die Reparationskommission ver-
 öffentlichte gestern abend folgende Mitteilung: Der Anleihe-
 auschuss hat die Aussprache über die durch die gestrige
 Antwort der Reparationskommission geschaffene Lage fort. Er
 wird mit der Prüfung in einer neuen, heute, Freitag, den 9. Juni,
 stattfindenden Sitzung fortfahren.

Die Morgenpresse glaubt berichten zu können, daß sich im
 Internationalen Anleiheauschuss gestern zwei Strömungen
 geltend gemacht hätten. Eine Richtung gehe dahin, unter voll-
 kommener Anerkennung der Schwierigkeiten, die sich augenblicklich
 der Regelung einer internationalen Anleihe entgegenstellten, die
 Zukunft dadurch vorzubereiten, daß Empfehlungen posi-
 tiven Gepräges ausgearbeitet werden, die andere Richtung,
 die nach dem „Reist Parisien“ vorgeherrschend haben soll und für die
 Morgan eintrete, vertrete die Auffassung, man müsse, damit der
 Mißerfolg nicht offenbar werde, einen Bericht vorbereiten, um
 die Bedingungen festzulegen, unter denen später eine
 Anleihe durchgeführt werden könnte.

Nach dem „Ouvrier“ ist auch gestern im Ausschuss die Ansicht
 ausgesprochen worden, man könne einen Ausweg vorschlagen, der,
 ohne die Gesamtschuld Deutschlands herabzusetzen, wenigstens seine
 Zahlungen für eine Reihe von Jahren vermindere. Es sei nicht
 wahrscheinlich, daß dieser Plan angenommen werde. Andere wieder
 seien für eine kleine Anleihe von höchstens einer Mil-
 liarde Dollar eingetreten, die Deutschland wenigstens für einige
 Jahre Ruhe bringen dürfte.

Man erwartet, daß die heutige Sitzung die Entscheidung
 bringen werde, ob die Verhandlungen abgebrochen oder fortgesetzt
 werden.

Morgan verzichtet?

Paris, 9. Juni. (E.F.) Die „Chicago Tribune“ behauptet heute
 früh, daß Morgan sich einer Fortsetzung der Prüfung
 der internationalen Reparationsanleihe widersetze. Er glaubt,
 daß es unnütz sei, das Reparationsproblem weiter zu studieren, da

England, Belgien und Italien, die einem erweiterten Mandat zu-
 gestimmt haben, nur 40 Proz. des gesamten Reparationsguthabens
 vertreten. Rinderstedt und Bissinger dringen allerdings
 darauf, daß das Komitee trotz der französischen Opposition die deut-
 schen Hilfsquellen studieren sollte und erklären, daß der Beschluß
 der Reparationskommission dem Komitee volle Autorität gebe, die
 Beratungen weiterzuführen. Morgan dagegen bestche darauf, die
 alliierten Regierungen zunächst unter sich ein Abkommen abzuschließen
 zu lassen, bevor die Bankiers in sachlicher Art ihre Arbeiten fort-
 führen könnten.

Budgetausgleich in Frankreich.

Paris, 9. Juni. (W.B.) Der Finanzausschuss der Kammer
 verhandelte gestern in Gegenwart des Ministerpräsidenten, des
 Finanzministers und des Ministers für die befreiten Gebiete über
 den Ausgleich des Budgets. Der Ausschuss beauftragte
 seinen Generalberichterstatter, ihm in kürzester Frist Vorschläge zur
 Herbeiführung des Budgetgleichgewichts auszuarbeiten. Er beschloß
 ferner die Regierung anzusprechen, einen Sonderauschuss einzu-
 setzen, um eine tiefgreifende Umgestaltung in der Ver-
 waltung herbeizuführen.

In der Debatte soll der Berichterstatter Brokanowski auf
 die Gefährlichkeit der Anleihepolitik hingewiesen haben. Minister-
 präsident Poincaré habe erklärt, das sei ihm wohl bekannt. Er
 sei bereit, Anträgen auf Herabsetzung der Ausgaben und jedem
 Vorschlage der Einnahmehöherung zuzustimmen, die der Finanz-
 ausschuss unterbreiten könnte.

Paris, 9. Juni. (W.B.) Die Agentur Havas berichtet, die
 ehemaligen Kriegsteilnehmer und die Front-
 soldaten hätten einen Aufruf an alle gleichgesinnten Vereini-
 gungen erlassen, gemeinsam grundsätzlichen Einspruch dagegen
 zu erheben, daß die deutsche Schuld herabgesetzt werde,
 während die Schulden Frankreichs an die Alliierten ungefürzt be-
 stehen blieben.

Besatzungskosten!

Der Militarismus verschlingt Reparationsmilliarden.
 Dem Reichstag ist eine neue Denkschrift des Reichs-
 schatzministeriums über die Kosten der Rheinlandsbesetzung zu-
 gegangen.

Aus einer früheren Denkschrift ist bekannt, daß sich die
 Kosten der Rheinlandsbesetzung bereits bis Ende März 1921
 auf etwa 3 936 954 542 Goldmark Ausgaben der Be-
 satzungsmächte für ihre Besatzungsarmeen beliefen und auf
 etwa 7 313 911 829 Papiermark Ausgaben, die dem
 Deutschen Reich durch Leistungen für die Interalliierte Rhein-
 landkommission und die Besatzungsarmeen im Rheinland er-
 wachsen waren. Diese Zahlen stützen sich auf das der deutschen
 Regierung amtlich vorliegende Zahlenmaterial und stehen
 im Einklang mit der auch von der amerikanischen Presse im
 November 1921 gebrachten Mitteilung, wonach laut Schätzung
 einer damals von der Reparationskommission in Paris zur
 Prüfung der Besatzungskosten eingesetzten Kommission die seit
 dem Waffenstillstand bis Ende April 1921 entstandenen
 Kosten für den Unterhalt der Besatzungsarmee 1 Milliarde
 Dollar betragen haben, die als unproduktive Aus-
 gaben zu bewerten sind.

Nach einer Mitteilung des Unterausschusses der Repara-
 tionskommission an die deutsche Kriegslastenkommission vom
 2. März 1921 betragen die den Besatzungsmächten für die
 Unterhaltung ihrer Besatzungsarmee im Rheinland entstandenen
 Kosten seit dem Waffenstillstand bis Ende Dezember
 1920:

Bei Frankreich	1 227 248 596 Goldmark
„ den Vereinigten Staaten	1 132 858 896 „
„ Großbritannien	974 621 997 „
„ Belgien	183 585 584 „
„ Italien	10 064 861 „
zusammen	3 528 379 934 Goldmark.

Hieraus errechnet sich für die acht Monate vom 1. Mai
 1921 bis 31. Dezember 1921 eine Ausgabe von etwa
 1 085 655 360 Goldmark, die zu den oben genannten
 3 936 954 542 Goldmark hinzuzurechnen sind. Das Reich hat
 in jenem Zeitraum dazu noch besonders etwa 3,9 Milliarden
 Papiermark ausgelegt.

Die Rheinlandkommission allein, die sich ent-
 gegen dem Friedensvertrag, nach dem sie aus 4 Mitgliedern
 besteht, auf einen Beamtenkörper von 1300 Personen ange-
 wachsen hat — darunter 75 Delegierte, die jeder den Woh-
 nunganspruch eines Brigadegenerals erheben — hat in den
 letzten 8 Monaten des Jahres 1921 einen Aufwand von
 178 552 000 Millionen verursacht. Die Kosten der fran-
 zösischen Abteilung sind vom ersten Vierteljahr von 1920 bis
 zum vierten des Jahres 1922 von 8 auf 54 Millionen ange-
 wachsen, haben sich also beinahe versiebenacht.

Die Unterbringung des Vorsitzenden der Rhein-
 landkommission im Dienstgebäude des Oberpräsidiums in
 Koblenz erforderte einen Aufwand von anderthalb
 Millionen Mark. Für einen einzigen Teppich, dessen
 Wert auf eine halbe Million geschätzt wurde, sind jährlich
 25 000 Mk. zu bezahlen.

Für die Einrichtung von Bordellen zur Benutzung
 der Besatzungstruppen — es bestehen 19 solcher Einrich-
 tungen — hatte das Reich bis Ende Oktober 1921 rund 802 000
 Mark zu bezahlen.

Die Kosten der Einrichtung von Soldatenheimen
 beliefen sich bis zum gleichen Zeitpunkt auf rund 14 Millionen
 Mark. Dazu treten die Kosten luxuriös eingerichteter Offi-
 zierskasinos.

Es wurden für Truppenzwecke landwirtschaft-
 liche Betriebe im Ausmaß von 240 Hektar beschlag-
 nahmt — Kosten 2 667 995 M., und 167 Fabrik-
 anlagen — Kosten 74 Millionen Mark.

Der alte deutsche Militarismus unterhielt in dem jetzt
 besetzten Gebiet 9 Flugplätze, der neue Ententemilitaris-
 mus hat dazu bis 1. November v. J. 24 neue in vertrags-
 widriger Weise angelegt und damit 1303 Hektar zum Teil
 besten Ackerbodens der landwirtschaftlichen Benutzung ent-
 zogen.

Ähnlich liegt es mit den Schieß- und Übungs-
 plätzen. Früher gab es deren 7, jetzt sind 17 neue dazu ge-
 treten. 3210 Hektar Gelände waren dazu notwendig. Dazu
 kommen Exerzierplätze, Reitplätze, Schieß-
 plätze usw.

Die deutschen Garnisonen in dem zurzeit besetzten rheini-
 schen Gebiet hatten eine Gesamtstärke von etwa 70 000 Köpfen
 und lagen in 28 deutschen Garnisonorten. Demgegen-
 über betrug am 1. Dezember 1921 die Be-
 satzungsmächte noch mindestens 130 000
 Köpfe; zu dem gleichen Zeitpunkt waren insgesamt
 228 Orte von den Besatzungsarmeen und von Teilen der
 Rheinlandkommission belegt.

Die durch die Besatzungsarmeen hervorgerufene Quartier-
 not ist, da derartige Heeresmassen in dem besetzten Gebiet nicht
 unter Zurückstellung aller Wünsche der Bevölkerung nicht
 untergebracht werden können, trotz weitgehender Abhilfe-
 maßnahmen der deutschen Regierung zur Unerträglichkeit ge-
 kommen.

Terrorabwehr in Oberschlesien.

Deutsch, 9. Juni. (W.B.) Nach Berichten aus Katowitz gibt
 die Beldon-Hütte bekannt, daß sie wegen der durch Drohungen
 veranlaßten Abwanderungen von Facharbeitern der Verfeinerungs-
 betriebe die Beldon-Fabrik hat außer Betrieb setzen müssen.
 Sie weist ferner darauf hin, daß, wenn diese Drohungen der Fach-
 arbeiter weiter anhalten sollten, sie in den nächsten Tagen ge-
 zwungen sein wird, weitere Betriebe stillzulegen.

Vertreter sämtlicher deutscher und polnischer Ar-
 beiter- und Angestelltenorganisationen Ober-
 schlesiens haben heute in Gemeinschaft mit Vertretern des Arbeit-
 geberverbandes Oberschlesiens, insbesondere der ober-schlesi-
 schen Bergwerks- und Hüttenindustrie, zu den Gewalttaten unverant-
 wortlicher Elemente Stellung genommen und beschloßen, gemein-
 sam alle geeigneten Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Zustände
 zu ergreifen, da durch diese Verfälle das Wirtschaftsleben aufs
 schwerste geschädigt wird.

Die Fünferkommission ist durch Mitglieder des Arbeit-
 geberverbandes erweitert worden. Vor allem soll der Terror der
 sogenannten Räumungskommission, die Andersgesinnte mit
 ihren Wäffeln auf die Straße setzt, bekämpft werden. Es wird die
 Ausdehnung des Belagerungszustandes auf sämtliche Ortschaften
 des bedrohten Industriegebietes gefordert. Die Bereitstellung von
 Polizeitruppen und Ortswehren soll angestrebt werden. — Der Arbeit-
 geberverband und die Fünferkommission werden am Sonnabend mit
 der Interalliierten Kommission in Oppeln gemeinsam
 verhandeln.

Wie wir aus Katibor erfahren, drang eine etwa 30 Mann
 starke sehr gut bewaffnete Bande in die Orte Zabeklan und
 Raszkau ein. Sie plünderte fast sämtliche Wohnungen in den
 Dörfern aus. — Zur Verhinderung von weiteren Plünderungen hat
 sich, wie aus Rybnik gemeldet wird, in Sokrau eine freiwillige
 Bürgerwehr gebildet, die bis jetzt etwa 150 Mann zählt.

Der Moskauer Prozeß.

Riga, 9. Juni. (Antel.) Gestern wurde der Prozeß gegen die
 Sozialrevolutionäre, die terroristischer Akte gegen Mitglieder der
 Sowjetregierung und anderer gegenrevolutionärer Aktionen be-
 schuldigt werden, eröffnet. Ueber den Prozeß sind bisher folgende
 Einzelheiten bekannt geworden:

Die Ablehnung einzelner Mitglieder des Tribunals
 aus politischen Gründen seitens der Verteidiger wurde von dem Vor-
 sitzenden des Tribunals mit der Begründung zurückgewiesen,
 daß diese parteipolitische Natur seien. Nach Bucharin ergriff
 Wanderselde das Wort, der als Vertreter der Zweiten Inter-
 nationale auftrat und versuchte, politische Momente in das Gerichts-
 verfahren hineinzutragen. Auch die kommunistischen Verteidiger
 erklärten diesen Prozeß für einen politischen Prozeß. Der Vor-
 sitzende des Tribunals erklärte, die Sowjetmacht habe niemals auf
 dem Standpunkt der über den Klassen stehenden Justiz gestanden.

Das gegenwärtige Gericht sei ein Organ der proletarischen
 Macht.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen beantragten die An-
 geklagten die

Zulassung weiterer Verteidiger und Zeugen.

u. a. auch von Anhängern der Menschewiki, und
 Wanderselde berief sich auf die Berliner Konferenz der drei Inter-
 nationalen. Radek entgegnete, die Delegation der kommunistischen
 Internationale habe in Berlin keine Zustimmung im Namen der
 Sowjetmacht gegeben, sondern habe nur versprochen, bei der Sowjet-
 regierung um die Zulassung der Wanderselde, Rosenfeld und Lieb-
 knecht nachzusuchen. Wanderselde hält nach diesen Erklärungen
 eine groß angelegte politische Rede, in der er ausdrücklich betont,
 daß er auf dem Boden des Rechtes und der Gerechtigkeit stehe,
 und er bezeichnet die aus der Partei ausgestiegenen
 Sozialrevolutionäre, die als kommunistische Verteidiger auftraten, als
 Verräter. Tschlenow erwidert scharf, der Ausgang des Prozesses
 werde zeigen, wo die wahren Verräter lägen. Kursky, der Volks-
 kommissar für Justiz, weist die von Wanderselde, Liebknicht und
 Rosenfeld gegen die feindliche Haltung der Sowjetpresse erhobenen
 Einwendungen mit der Begründung zurück, daß die berechtigten
 Gefühle der Empörung gegen Wanderselde als Vertreter des sowjet-
 feindlichen Belgians nicht eingeschränkt werden dürften. Krilenko
 und Lunatscharski, die Vertreter der Anklage, fordern die Vor-
 ladung neuer Zeugen, darunter Kutschnikoffs, des ehemaligen Mi-
 nisters der Reichsfinanzverwaltung. Der Antrag des Verteidigers
 Lager (?), neue Zeugen zu laden, wird von Krilenko zurückge-
 wiesen mit dem Hinweis darauf, daß die genannten Zeugen bereits
 vom Tribunal abgehört worden seien. Rosenfeld, der ebenfalls
 die Vorladung neuer Zeugen fordert, begründet dies damit, daß eine
 Ablehnung dieser Forderungen eine Verletzung der in Berlin auf
 der Konferenz der drei Internationalen gegebenen Zusicherungen be-
 deuten würde.

Dollarkurs und Anleihestand.

Der Berliner Devisenmarkt befindet sich augen-
 blicklich in starker Abhängigkeit von New York und Paris.
 Diese Plätze sind selbstverständlich über den Gang der An-
 leiheverhandlungen besser informiert wie Berlin. Außerdem macht
 sich in den letzten Tagen geradezu ein Kreuzfeuer von ausländischen
 Meldungen bemerkbar, die z. B. recht deutlich erkennen lassen,
 daß sie auf bestimmte Börseninteressen zugeschnitten sind.
 Diese Abhängigkeit von dem nicht ganz zuverlässigen ausländischen
 Nachrichtenendienst trägt natürlich wesentlich zur Verwirrung
 an der Berliner Börse bei. Bei Eröffnung des heutigen
 Devisenverkehrs lagen Mitteilungen vor, wonach Morgan be-
 absichtigt, die Verhandlungen abzubrechen, daraufhin stieg
 der Dollar bis auf 296. Die Spekulation nahm jedoch
 bald wieder Abgaben vor und drückte den Kurs bis zur
 Mittagsstunde auf 292.

Reizert. Nicht wird die Not noch dadurch, daß bei der französischen und belgischen Armee in stets zunehmendem Maße verheiratete Offiziere, Beamte und Unteroffiziere in das besetzte Gebiet herangezogen werden.

Auch die Anzahl der sogenannten Familienangehörigen nimmt ständig zu. Die Frage, wer als Familienmitglied eines verheirateten oder unverheirateten Quartiernehmers anzusehen und auf deutsche Kosten einzuquartieren ist, wird von den Befehlsarmeen in der Praxis dahin beantwortet, daß der gesamte Anhang der Befehlshaberarmee letzten Endes auf deutsche Kosten untergebracht werden muß.

Als Gesamtergebnis kann festgestellt werden, daß am 1. Dezember 1921 von der Besatzung im Rheinland insgesamt mindestens 2700 Wohnungen mit 38 000 Zimmern und außerdem 13 000 Einzelzimmer zur Unterbringung der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften in Privatquartieren beschlagnahmt waren. Ueber 600 Schulen, in denen 16 450 Kinder unterrichtet worden waren, wurden beschlagnahmt.

Von der geradezu unfinnigen Verschwendung, die bei der Schaffung von Generalsquartieren getrieben wird, gibt die Denkschrift zahlreiche Beispiele. Eines davon sei hier wiedergegeben:

Mit Note vom 22. August 1921 forderte die Rheinarmee die Vergütung eines Parkettfußbodens im Schlafzimmer des Oberbefehlshabers im Schloß in Raing. Der Raum hatte bisher gemauerten Dielenfußboden, der aber durch einen wertvollen Teppich vollständig bedeckt war. Der Fußboden zeigte beim Begehen einige inkrustierte Stellen und mußte deswegen erneuert werden. Gewöhnlicher Parkettfußboden als Ersatz genügte nicht; es wurde vielmehr ein besonderes Figurenmuster in Anpassung an die übrigen Räume im Schloß verlangt, das im Handel nicht üblich war und daher nicht vorräthig gehalten wurde. Die einzelnen Tafeln des Fußbodens mußten daher besonders zusammengearbeitet werden. Die einzelnen Bestandteile des Parketts sind bereits angeliefert, jedoch wegen Erkrankung der Ehefrau des Oberbefehlshabers noch nicht verlegt. Die Kosten betragen rund 20 000 M. Das Oberkommando teilte mit, daß der Oberbefehlshaber infolge dieser Instandsetzungsarbeiten am 10. September 1921 das Schloß Waldhausen bei Raing wieder beziehen werde. Aus diesem Anlaß wurde die sofortige und gründliche Instandsetzung, Reinigung und Heizung des Schlosses gefordert. Die beschleunigt in Auftrag gegebenen Arbeiten erforderten einen Kostenaufwand von 274 000 M. für bauliche Instandsetzungen; ferner von 9139 M. für die übrigen Arbeiten (Reinigung und sonstige Instandsetzung). Am 15. September 1921 teilte die Rheinarmee mit, daß der General infolge eines „Falles höherer Gewalt“ das Schloß Waldhausen nicht beziehen könne. Die hierfür aufgewendeten Kosten waren also auch noch umsonst.

Die Schlussrechnung ergibt, daß seit dem Waffenstillstand bis Ende März 1922 eine Kostenrechnung von

5 536 954 542 Goldmark und
14 000 000 000 Papiermark

aufgelaufen sein wird. Fast 6 Milliarden Goldmark sind in dieser Zeit verpulvert worden.

Nicht mitgerechnet sind die Kosten der neu in vertragswidriger Weise okkupierten Besatzungsgebiete.

Millarden und aber Milliarden, die dem Wiederaufbau der europäischen Volkswirtschaft dienen könnten, sind ausgegeben worden, um im Rheinland ein Heer von Müßiggängern zu erhalten und der einheimischen arbeitenden Bevölkerung das Leben schwer zu machen.

Nun meldet ein TL-Telegramm aus Koblenz:

In dem vom Obersten Rat gefassten Beschluß über die Besatzungskosten sind für die einzelnen Armeen folgende Höchstsummen festgesetzt worden: für die französische Armee 440 Millionen Francs, für die belgische 102 Millionen Francs und für die englische Armee 2 Millionen Pfund Sterling für das Jahr.

Selbst wenn es gelingen sollte, den dazu notwendigen Aufbau rasch durchzuführen, blieben die Gesamtkosten enorm. Ohne Aufhebung der Besatzung, die den Krieg im Frieden und eine Häufung unproduktiver Ausgaben bedeutet, bleibt alles Gerede von Weltabrüstung eitel Schaumschlägerei.

Die einfache Wahrheit.

Von Bidder am Steen.

Wenn man unter den jungen Arbeitern herumfragt, welcher Erscheinung unserer Literatur sie sich am nächsten fühlen, welche den stärksten Eindruck auf sie macht, so überraschen die häufigsten, schnellsten und sichersten Antworten: der „Faust“! Es ist begreiflich. Der Arbeiter, der seine geschichtliche Berufung fühlt, Vordergrund gesellschaftlichen Geschehens zu werden, kennt auch die Voraussetzungen, die das erfordert, und die erste heißt Erkenntnis. Erkenntnis der Umwelt und seiner selbst; denn beides verlangt Formung.

Doch die Verwandtschaft ist noch tiefer, streift auch die Tragik des Ringens, das zeitweilige Verzweifeln. „Nabe nun, ach, Philosophie“... Je mehr sich der suchende Mensch in die Berge des Wissens hineinarbeitet, desto mächtiger türmen sie sich vor ihm auf, jeder erreichte Gipfel gibt nur den Blick auf riskiertere Gipfel, läßt es aussichtslos erscheinen, in die Höhe reiner und klarer, vor allem endgültiger Erkenntnisse durchzubrechen. Da ist die Sehnsucht begreiflich, gleich dem Dr. Johannes Faust sich mit der Retromantik zu verbinden, an einen Schlüssel, an den Stein der Weisen zu glauben, Mittel, auf geheimen Wegen in das Land der geistigen Freiheit, in die Bezirke der Wissenden zu gelangen.

Freilich: an Zauberei glaubt keiner mehr, wenigstens nicht an die primitive der Faust-Begebende, aber an die Stelle der alten Teufelsbeschwörer mit der Zuckertüte auf dem Kopfe und dem besterntem Mantel sind moderne Retromantiker getreten, die nicht minder geheimnisvoll tun und nicht weniger versprechen. In einem bestimmten Moment bedeuten diese Propheten, die sich aus Philosophie und Religion, Wissenschaft und Metaphysik, Übergläubigen und Phantasie die seltsamsten Systeme bereiten, für den Wahrheitsucher eine große Gefahr. Denn sie versprechen eines: Waffenstillstand mit dem suchenden Drange, Eingehen in die Gläubigkeit, die Sicherheit der Rechtsaberei. Für diese diabolische „Wohltat“ fordern sie den gleichen Preis wie Mephisto vom Faust, nämlich Preisgabe der Seele, Aufgabe der Dir eigenen kämpfenden Geistigkeit, junger Faust; sie nehmen Dir Dein Gehirn heraus und legen Dir dafür ihr System in die Denkhöhle. Von der Stunde an, wo Du Dich zu ihnen bekennt, bist Du ihnen verfallen, wirst Du ihre Marionette, gerade gut genug, die Pläne ihres Willens über den Aker der Zeit zu zerten. Vielleicht muß es auch solche Zugtiere geben, vielleicht ist es sogar richtig, daß die meisten Menschen nie weiter kommen, als Hörige der Wenigen zu sein, die hart in der Lockung sind (Bidder am Steen glaubt das nicht), aber klar darüber muß Du sein, der Du hinter einem Heilmittler herläufst (mag er nun Steiner oder Häuser, Riemle oder Spengler, Tagore oder Tolstoj, Wilson oder Diribaridumbardides heißen): Du schließt nicht, sondern Du wirst gefangen!

Wie ich Dir helfen soll? Noch dazu so, daß ich Dich nicht nötige, hinter mir herzulassen? Helfen kannst Du Dir nur selbst. Solange Du Dir die letzte Souveränität vorbehältst, Dich also nicht überschreibst, darfst Du Dir auch alles, was andere denken und

Ist Einigung Kapitulation?

Zu dem Leitartikel unseres gestrigen Abendblattes schreibt die „Freiheit“:

Der „Vorwärts“ fordert also, daß die U.S.P. einfach in der SPD. aufzugehen habe. Er will keine Einigung, sondern eine Kapitulation. Die Situation, die für uns von vornherein klar war, dürfte nun wohl auch für Kautsky geklärt sein, der selber erklärt hat, er wolle eine Einigung, keine Kapitulation!

Wir haben uns ausdrücklich dem Grundgedanken Kautskys angeschlossen: „Freiheit in der Diskussion, Einigkeit in der Aktion!“ In einer einzigen Gesamtpartei würde also jedes Mitglied das Recht haben, die Politik der Partei zu kritisieren und ihre Veränderung zu fordern. Wenn das schon „Kapitulation“ heißen, also eine unwürdige Zumutung bedeuten soll, dann gibt es freilich keine Einigung! Denn das Wesen der Einigung besteht doch eben darin, daß nicht jede Gruppe für sich allein fortwursteln kann, sondern daß das Ganze nach einheitlichen Richtlinien marschiert.

Eine Zuschrift, die wir erhalten und die übrigens (um dem Mitrauen der „Freiheit“ zu begegnen, sei das gleich gesagt) von keinem Unabhängigen stammt, macht folgenden Vorschlag: Es sollten doch die beiden Reichstagsfraktionen der SPD. und U.S.P. zu einer gemeinsamen Sitzung zusammentreten und gemeinsam darüber beschließen, ob die Sozialdemokraten durch ihren Austritt aus dem Kabinett die Koalition sprengen sollen. Die Abstimmung, die natürlich ohne Fraktionszwang für jeden völlig frei erfolgen dürfte, würde die Ablehnung eines derartigen Antrags gegen etwa 5-7 Stimmen ergeben. Und damit wäre dann der gemeinsame Boden, den die „Freiheit“ so verzweifelt sucht, ohne weiteres vorhanden.

Was sagt die „Freiheit“ zu diesem Vorschlag? Und hält sie die Rechnung für richtig?

Verteidigung des Hungerterrors.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ aller Agrarier, behauptet heute, jetzt endlich festgestellt zu haben, daß die von der „Freiheit“ veröffentlichten Richtlinien zur Sabotage eines Umlageverfahrens „Schwindel“ seien. Man sollte meinen, daß eine so schwerwiegende Erkenntnis von dem Landbundsblatt mit einem hörbaren Seufzer der Erleichterung aufgenommen werde. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Denn das Blatt, das „feststellt“, die Richtlinien seien weder von landwirtschaftlichen Spitzenverbänden noch von ihren Provinzialorganisationen erlassen worden, fügt trotzdem dieser „Feststellung“ eine Verteidigung der angeblich nicht existierenden Richtlinien hinzu, indem es schreibt:

Von landwirtschaftlicher Seite ist wiederholt mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden, daß man sich einem neuen Zwange nicht fügen werde. Diese Aeußerung aber war nur der Ausdruck der tatsächlichen Stimmung der Landbevölkerung, über deren tiefe Erregung man sich keinem Zweifel hingeben soll. Ob also beispielsweise von irgendwelchen landwirtschaftlichen Organisationen Parteien ausgehen würden, wie sie in Punkt 1 und 2 der angeführten Anweisungen enthalten sind, oder nicht, würde praktisch verhältnismäßig gleichgültig sein. Insofern sagt die Veröffentlichung der „Freiheit“ im Grunde nur, was eigentlich die Organisationen der Landwirte sagen müßten...

Das heißt also mit dürren Worten: Die Richtlinien existieren zwar nicht, aber wenn sie vorhanden wären, so wäre das nur recht und billig, und eigentlich würden die landwirtschaftlichen Organisationen nur ihre Pflicht erfüllen, wenn sie schleunigst derartige Richtlinien herausgeben würden.

Es bleibt also dabei, daß es ganz im Sinne der landwirtschaftlichen Organisationen, d. h. des Reichslandbundes unter deutscher nationaler Leitung gelegen ist, wenn die Landwirte offen und heimlich zum Widerstand gegen gesetzliche Vorschriften aufgefordert werden und wenn sie ein Geheiß zur Sicherstellung der Volksernährung durch offenen Widerstand tatsächlich an der Ausführung verhindern. Welche Stirn dazu gehört, angesichts solcher Tatsachen, zum besten dienen lassen, darfst Du mit anderen für eine gemeinsame Idee verbinden — alles darfst Du, nur Dich selbst darfst Du nicht aufgeben, darfst nicht müde werden und nicht eher Frieden mit Deinem Drange schließen, bis Du Klarheit aus eigener Kraft gewonnen hast!

Zum Schluss: Bidder am Steen will Dir nicht die Ehrfurcht vor dem Wissen rauben, im Gegenteil, aber er will Dich davor warnen, Dich selbst vor den gehäuften Wüchern zu klein zu sehen. Seine Wahrheiten, um die Du ringst, liegen nicht hoffnungslos für Deine Erkenntnis in irgendeinem Winkel des fernen Wils, sie sind nicht die komplizierte Summe alles Gedachten, sondern sie sind einfach, liegen vor Deinen Augen, erreichbar für den einfachen Sinn. Hoffen möchte ich sagen: nur für den einfachen Sinn; denn es hat schon etwas auf sich mit den Uebereitelungen, die den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen. Nur eine frische Hand und Selbstvertrauen muß man haben, dann packt man das Ei des Kolumbus, schlägt es mit der Spitze auf den Tisch — und es steht!

Damit ist noch nicht Amerika entdeckt, aber Aerie, die so etwas machen, haben allerlei Chancen. Also guten Muts, liebe Genossen!

Der leere Sarg. In der Hand einer Mitteilung des „Kurjer Wargomsla“ berichteten wir in Nr. 266 aus Moskau, die Bolschewiken hätten die Jarenggräber in der Kathedrale Kijew erschossen und im Sarge Alexanders I. seine Leiche gefunden. Das bringt eine alte, einst stark verbreitete Erzählung in die Erinnerung. Alexander I., jener allmächtige Selbstherrscher aller Reußen, dem 1801 Kaiserthron durch Ermordung seines Vaters Paul I. zur Krone verholfen hatten, galt früher für das Ideal eines Monarchen, besonders nachdem Napoleons Zug gegen Rußland gescheitert und damit ein Umschlag in der Weltpolitik eingetreten war. Nachdem er früher liberalen Ideen gehuldigt hatte, geriet er als Schutzherr der „heiligen Allianz“ auf die Bahn der Reaktion, machte alle Reformen rückgängig und führte eine despotische Regierung, und der sein Land schwer zu leiden hatte. Die Unzufriedenheit, welche darüber namentlich in den Kreisen der Gebildeten entstand und sich in revolutionären Ausbrüchen kundgab, blieb ihm nicht verborgen und erzeugte in seinem empfindsamem, leicht beeinflussten Gemüte eine wachsende Verbitterung. In rauschenden Hoffen, Liebesabenteuern und ganz besonders in mystischen Treiben ostasiatischer Kreise suchte er Trost und Betäubung. Doch nahm seine Melancholie zu beim Tode seiner einzigen unehelichen Tochter und bei Fehlschlägen in der inneren und äußeren Politik und schon suchte er den Wunsch, abzugeben und als Privatmann, fern von allen Geschäften, auf seinem Landhause zu leben. Am Ende des Jahres 1825 machte er eine Reise in die Krim und starb fast plötzlich in Taganrog am 1. Dezember, nach der offiziellen Angabe an einem dort grassierenden Gallenfieber. Bald nach seinem Tode, und nachdem sein jüngster Bruder Nikolaj I. unter Verdrängung des rechtmäßigen Thronerben Konstantin den Thron bestiegen hatte, wurde eine weltberühmte Verchwörung aufgedeckt, die schon unter Alexanders I. angezettelt worden war, und von der auch er noch Kunde erhalten hatte. Da entstanden eigenartige Gerüchte. So wurde vielfach erzählt, Alexander sei keines natürlichen Todes gestorben, sondern vergiftet

haben Enttäufung gegen den Ausdruck „Hungerterror“ zu heucheln, das können augenscheinlich nur waschechte Landbändler erweisen. Es wird aber an der Zeit sein, daß die Stadtverwaltungen ganz Deutschlands sich mit den Organisationen der Verbraucher zusammensuchen und gemeinsam ihren Einfluß auf das Ernährungsministerium geltend machen, damit der kommende Winter nicht neben den steigenden Ueberschüssen der Agrarier eine noch weiter steigende Hungersnot für die arbeitende Bevölkerung bringe.

Patentamt und hohe Politik.

Wenn dem Reichspatentamt ein Warenzeichen zum geschützten Schutze angemeldet wird, so kann es dieses Warenzeichen beanstanden, wenn es geeignet ist, Vergeris in sittlicher, religiöser und in politischer Beziehung zu erregen. Wie wir der „Deutschen Zeitung“ entnehmen, hat eine Abteilung des Reichspatentamtes neuerdings eine Entscheidung gefällt, die in sehr erheblicher Weise das Gebiet der hohen Politik berührt und deshalb nicht unbeachtet bleiben darf. Irgendeine Firma aus der Zuderbranche hatte als Warenzeichen die Worte „Wilson's 14 Punkte“ angemeldet. Die Eintragung ist indessen mit folgender Begründung abgelehnt worden:

Daß der angemeldete Ausdruck eine geschichtliche Bedeutung erlangt hat, ist zuzugeben; denn „Wilson's 14 Punkte“ waren die Richtlinien, auf denen sich ein gedächlicher Frieden hätte aufbauen lassen und mit deren Zugrundlegung sich die beiden kriegführenden Parteien vor Abschluß des Waffenstillstandes einverstanden erklärt hatten. Anmerkung geht fehl, wenn sie behauptet, die spätere Verballhornung der 14 Punkte könne diese nicht zu einem Vergeris gebenden Moment im Sinne des § 4 Ziffer 3 des Gesetzes vom 12. Mai 1894 umgestalten; sie übertrifft, daß Deutschland im Vertrauen auf das Einverständnis der Gegner die Waffen niedergelegt hatte und durch die Auserachtlassung jener 14 Punkte bei den späteren Verhandlungen in seinem Vertrauen in schändlicher Weise getäuscht worden ist. Diese Täuschung hat nicht der den Deutschen aufgelagerten Hauptschuld am Kriege vornehmlich dazu beigetragen, das Deutsche Reich durch ein vernichtendes und unerfüllbares Friedensdiktat an den Rand des Verderbens zu bringen. Kein Wunder, daß die hohe Erwähnung des Ausdrucks „Wilson's 14 Punkte“, die einem ehrlichen Amerikaner die Schamröthe ins Gesicht treibt, hinreicht, um bei jedem wahrhaft deutsch Fühlenden und Denkenden Abscheu und Empörung wachzurufen.

Diese Art der Begründung geht allerdings weit über den Rahmen hinaus, der dem Reichspatentamt gesteckt ist. Ueber die Frage der Kriegsschuld und was damit zusammenhängt, mögen die zuständigen Beamten des Amtes eine subjektive Meinung haben, sie kann aber nicht ohne weiteres als richtig anerkannt werden. Aus diesem Grunde täten die Herren besser, ihre politische Ansicht nicht irgendeinem amtlichen Aktensücke anzuvertrauen, das möglicherweise ins Ausland gelangt und geeignet ist, dort Unheil anzurichten. Sie haben es in keiner Weise in der Hand zu verhindern, daß eine solche Kundgebung ihrer persönlichen Ansicht im Zustande zu einer neuen Hege gegen die deutsche Regierung benützt wird.

Die Eisenbahnerguillotine.

Magdeburg, 9. Juni. (W.B.) Vor der unter dem Vorsitz des Landgerichtspräsidenten des Landgerichts Magdeburg tagenden Reichsdisciplinarakademie wurde gegen die drei Führer des Eisenbahnerstreiks in Magdeburg verhandelt, nämlich gegen den Eisenbahneringenieur Heinemann, den Lokomotivführer Stapel und den Eisenbahnassistenten Heibrod. Das Urteil lautete in jedem Fall auf Dienstentlassung ohne Pension.

Heinemann und Heibrod sind Mitglieder der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Es besteht in Eisenbahnerkreisen die Ansicht, daß die Disziplinarprozesse hauptsächlich dem Zweck dienen, unbenqueme Sozialdemokraten aus ihren Ämtern zu entfernen.

Die italienische Kammer hat nach den Darlegungen des Ministers des Äußeren Schanzer die auswärtige Politik und die Tätigkeit der italienischen Delegation an der Konferenz von Genua, sowie das Programm für die bevorstehende Konferenz in Haag mit 209 gegen 67 Stimmen genehmigt.

oder auf gewaltsame Weise umgebracht worden. Andere dagegen behaupteten, er sei gar nicht tot, sondern habe die Nachricht von seinem Ableben verkünden lassen, sich in ein Kloster zurückgezogen und lebe hier als Mönch unter falschem Namen. Bis in die neueste Zeit hat diese Erzählung Glauben gefunden. Sie klingt ja ungeheuerlich, gewinnt aber eine gewisse Stütze, wenn Alexanders Grab jetzt wirklich leer gefunden worden ist. Und was wäre schließlich im „heiligen Rußland“ unmöglich?

Eine Abteilung für Schädlingskunde ist im Zoologischen Garten in Frankfurt a. M. eingerichtet worden. Sie faßt alles das an verschiedenem Material zusammen, was nur immer mit diesem Thema zusammenhängt. Eine besondere Abteilung zeigt die biologische Schädlingsbekämpfung durch Schutz insektenfressender Vögel, wie man die Vögel schützt und hütet, welche Maßnahmen gegen Raubvögel und wildernde Raben anwendbar sind usw. Im großen Vogelhaus, wo ehemals Strauß und Kakaar kollierten, belehren einzelne Abschnitte über die Schädlichkeit und wirksame Bekämpfung der blutausgierenden und Krankheiten übertragenden Schmarotzer des Menschen, der Schädlinge des Forstes, des Weines, des Obstes, des Gemüses, des Feldes. Wer noch nicht durch diese Ausstellung belehrt ist, dem wird kostenlose weitere Aufklärung in Form von angeschriebenen Sprechstunden. Eine Vortragsreihe über Schädlingskunde ging der Eröffnung der Abteilung voraus.

Schiffe, die unter einer Stadt fahren. Das technische Wunder, daß große Schiffe von 1000 Tonnen unter einer Stadt durchfahren, wird zur Wirklichkeit werden, wenn der riesige Schweizer Plan der Verbindung des Rheins mit der Rhone verwirklicht werden sollte. Unter der Stadt Genf werden dann Dampfer verkehren, die Frachten von den Häfen der Nordsee und von London zum Fuß der Alpen und weiter führen. Da die Rhone bei Genf sehr flach ist, so soll ein tiefer Kanal angelegt werden, der mit dem Genfer See in Verbindung steht, und dieser Kanal soll unter der Stadt selbst durchgeführt werden. Die Schweiz, ein Binnenland ohne Hafen, würde durch diesen projektierten Ausbau der europäischen Wasserwege einen ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung nehmen, denn wenn die großen Verkehrsadern des Rheins, der Rhone und der Donau für Seeschiffe von 1000 Tonnen fahrbar gemacht sind, wird die Schweiz der Mittelpunkt und das Durchgangsland für einen großen Teil des ganzen auf Wasserwegen geführten europäischen Handels.

Eine Predigt des Papstes. Aus Anlaß der vor 300 Jahren erfolgten Gründung der Kongregation „de Propaganda Fide“ fand eine feierliche Pontifikalmesse im St. Petersdom statt. Papst Pius lebrierte das Hochamt in eigener Person und hielt nach Beendigung des Euanagiums eine Predigt. Es ist dies seit langen Jahren der erste Fall, daß ein Papst in der Basilika von der Kanzel geredet hat.

Die große Volksober hat für die kommende Spielzeit im Theater des Weltens Frau Kammerlingerin Wagner-Lottermann und Kammerdiener Theodor Lottermann engagiert. Ferner wurde August Andersen von Christiania für das Bassfach verpflichtet.

Beinadhäffern in Oberammergau. Wie aus München mitgeteilt wird, waren im Monat Mai in Oberammergau 33 928 Gäste, darunter aber nur 4827 Ausländer.

Deutscher Lehrertag.

Hannover, 6. Juni. Auf der Tagesordnung steht die Frage: „Religionsunterricht und Schule“. Bekanntlich stand bisher der Deutsche Lehrerverein auf dem Boden der weltlichen Schule, aber seit zwei Jahren wöhnt es, um ihn zu einer Revision dieses Punktes seiner Schulforderung zu bringen.

Die Ausführungen des Berichterstatters insbesondere gegen den konfessionellen Unterricht sind so treffend, daß man nicht recht einzuwenden vermag, warum an die Stelle der alten so prägnanten Fassung des Programms:

Der Religionsunterricht als besonderes Lehrfach ist Sache der religiösen Gemeinschaften

das verhängnisvolle Kompromiß treten soll:

Auch die religiösen Anlagen des Kindes sind im Schulleben zu pflegen. Die Einführung in ein bestimmtes Bekenntnis oder eine bestimmte Weltanschauung kann ihrer Natur nach nur Sache der Religion- oder Weltanschauungsgemeinschaften sein oder in deren Auftrag geschehen. Der Religionsunterricht soll — in welcher Form er auch erteilt wird — nach den Forderungen der Erziehungswissenschaft gestaltet werden und dazu beitragen, alle Kinder des deutschen Volkes zu gegenseitigem Sichverstehen und zum Dienste für die Volksgemeinschaft zu erziehen.

Als Korreferent beläuft der Redaktor der „Sächsischen Schulzeitung“, Wieheweg-Dresden, dieses Kompromiß als schwaches Zugeständnis an die Wankantippen der Kirche. Er hebt den Unterschied von Religion und Konfession klar hervor und fordert entschiedenes Eintreten für die weltliche Schule. Jede Abänderung des Programms bedeutet eine Abkehr des Deutschen Lehrervereins von seinen bisherigen Zielen. Solange Religionsunterricht in der Schule besteht, gibt es keine Trennung von Schule und Kirche. Seinen Ausführungen folgt minutenlanges stürmisches Beifall der Opposition.

Ehe man in die Diskussion eintritt, werden die Verhandlungen verlegt, um den gegensätzlichen Ansicherungen Gelegenheit zu geben, sich auf eine gemeinsame Formel zu einigen. Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen begründet Geheimrat Freytag-Verlin eine von ihm verfaßte und in Besprechungen mit allen Richtungen endgültig redigierte Entschlüsselung, die ein erneutes Bekenntnis zur weltlichen Schule obliegt und die Lattiz für den Schulkampf der Gegenwart, das Eintreten für die Simultanschule als Übergangsform den einzelnen Vereinen freistellt.

Nach einer langen Diskussion, in der die Gegenstände in vollster Schärfe aufeinanderplayen, wird eine Gegenentschließung Scherer-essen eingebracht, die prinzipiell mit der anderen übereinstimmt, aber die „Entwicklung der religiösen Anlagen“ im Schulleben verlangt.

Die Gegner der weltlichen Schule geraten bei der Abstimmung in eine geradezu heillose Konfusion, sie stimmen der erneuten grundsätzlichen Proklamierung der Weltlichkeit zu, lehnen aber die Orientierung Scherer ab, nachdem ihre Wünsche auf Verankerung des Religionsunterrichts abgelehnt sind. Statt dessen stimmt ein Teil von ihnen nach einer abermaligen überaus hitzigen Debatte der sachlich viel schärferen, allerdings auf Antrag Holtzbein etwas zurückgewichenen Entschlüsselung Freytag zu, so daß diese mit 290 Stimmen gegen rund 200 zur Annahme gelangt. Damit hat sich der Deutsche Lehrerverein im Prinzip erneut zur weltlichen Schule bekannt, wird aber im Schulkampf der Gegenwart zunächst für die Simultanschule eintreten, insbesondere dort, wo sie bereits gelehrt besteht. Das dadurch akzeptierte Kompromiß hat ihn vor der Verleugung seiner grundsätzlichen Forderung, die von den Gegnern der weltlichen Schule unter Führung von Teubner verlangt wurde, bewahrt. Dies ist der erfreulichste Erfolg des diesjährigen Lehrertags.

In der Schlußsitzung der Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins wurde in der Frage des Beamtenrätegesetzes folgende Entschlüsselung gefaßt: Die Vertreterversammlung des DLV. nimmt zu dem Beschlusse des Beamtenauschusses des Reichstages betr. den Gesetzentwurf über Beamtenvertretungen folgende Stellung ein: 1. Sie lehnt die Gruppenwahl zu den Beamtenräten (§ 14) mit aller Entschiedenheit ab; 2. sie fordert die Wiederherstellung des § 31 der Regierungsvorlage betr. die Befugnisse von Berufsvereinigungen und Beamtenkammern; 3. sie hält nach wie vor daran fest, daß den Beamtenvertretungen das Mitbestimmungsrecht und daß ein Schlichtungsausschuß gesetzlich festgelegt wird.

Siedlernet.

Zu allen den außerordentlichen Belastungen, die den Vorortbewohnern im Laufe der letzten Jahre durch die Steigerung der Wasserkosten, Grundsteuer, Wohnungsbaubehälter usw. aufgebürdet worden sind, tritt zum 1. Juni die neue Tarifierhöhung im Vorortverkehr. Die sich der Ausbeutung der Monatsnebentaxen, der Befreiung der Arbeiterwochenkarten usw. anschließt und die ungerechtfertigter ist, da der Vorortbewohner auf die Benutzung der Eisenbahn in diesen Fällen angewiesen ist und nur durch den billigeren Vororttarif gegenüber dem Fernbahntarif die vielfachen Unbequemlichkeiten auf sich genommen hat und die Verteuerung des Wohnens gegenüber den Stadtbewohnern auf sich genommen hat.

Alle Kreise der beteiligten Vorortbewohner sind sich darüber einig, daß die neue Tarifierhöhung im Vorortverkehr solange ungerecht bleibt, als auch der Fernverkehr unerhöht bleibt und trotzdem eine volle Deckung der Kosten nicht bringt. Schon im Frieden waren bei den Staatsbahnen die Einnahmen aus dem Güterverkehr wesentlich höher als die Selbstkosten, während die Ausgaben für den Personenverkehr im allgemeinen die Selbstkosten nicht deckten. Eine weitere Steigerung der Fernverkehrstarife erschien den verantwortlichen Stellen nicht angängig. Daher hat man Abstand davon genommen, die Fernverkehrstarife zu erhöhen. Im Vorortverkehr braucht man die Befreiung einer Abwanderung nicht zu hegen. Die Leitung der Reichsbahn hat infolgedessen keinerlei Bedenken, die Tarife im Vorortverkehr zu steigern, sie dem Fernverkehr „anzugleichen“, ohne dabei den Anforderungen des Massenverkehrs auf den Berliner Eisenbahnstrecken gerecht werden zu wollen.

Die allererste Forderung, die seit Jahren erhoben wird, ist die Einrichtung eines Vorortverkehrs, der auch durch die Einführung der elektrischen Zugförderung nicht kommt. Für die Fernzüge bieten weniger Platz als die Vorortzüge, bringen also auch verhältnismäßig geringere Einnahmen; alles dies sind Gründe, die für die Beibehaltung eines billigeren Vororttarifs sprechen. Man vergesse nicht: die Tarifpolitik der Eisenbahn trägt in erster Linie dazu bei, die Wohnverhältnisse in Berlin zu verschlechtern.

Neue Einkommensgrenze bei Elternrenten.

Wegen der Teuerung ist die Einkommensgrenze, bis zu der nach dem Reichsverfassungsgesetz eine „Bedürftigkeit“ im Sinne der Vorschriften über die Gewährung von Elternrenten angenommen werden darf, vom 1. April 1922 ab hinaufgerückt worden. Künftig darf, wenn das mutmaßliche Jahreseinkommen von 1922 zugrunde gelegt wird, Bedürftigkeit noch angenommen werden bis zu einem Jahreseinkommen von 11 000 M. für ein Elternpaar und von 8000 M. für einen einzelnen Elternteil. Nachprüfung von Elternrentenanträgen, die wegen Überschreitung der bisherigen Einkommensgrenze abgelehnt wurden, ist bei dem zuständigen Versorgungsamt, nicht bei dem Hauptversorgungsamt, zu beantragen. — Auch für den Beginn des Ruhens der Versorgungsgebühren ist die Einkommensgrenze erhöht worden. Sie ist vom 1. April 1922 ab auf 18 000 M. festgesetzt, falls das mutmaßliche Jahreseinkommen von 1922 zugrunde gelegt wird

dies von dem Versorgungsberechtigten bei seinem Versorgungsamt ausdrücklich beantragt wird. Vorteil werden von der Forderung gewöhnlich nur solche Versorgungsberechtigte haben, deren Einkommen sich seit 1920 gar nicht oder nur wenig erhöht hat. Bei Einkommensbeträgen, die entsprechend der seit 1920 eingetretenen Geldentwertung gestiegen sind, wird die oben angegebene Neufestsetzung in der Regel wirkungslos bleiben. Versorgungsberechtigte müssen selber erwägen, ob es für sie sich empfiehlt, Zugrundelegung des mutmaßlichen Einkommens von 1922 zu beantragen.

Kniffe mit Fahrkarten.

Schalterbeamtengehälter auf eigene Rechnung.

Komplizierte juristische Doktorfragen kamen in einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts III zur Sprache. Angeklagt wegen Untreue war der Fahrkartenverkäufer Emil Bresinski. Der eigentliche Sachverhalt war ein sehr einfacher: Der Angeklagte hatte auf dem Bahnhof R. in Sandersdorf an der Fahrkartenausgabe Dienst und hatte sich im Januar, ehe die Fahrpreiserhöhung eintrat, 200 Fahrkarten aus eigener Tasche gekauft, diese dann nach eingetretener Erhöhung an das Publikum verkauft und den Gewinn eingestekt. Vor Gericht machte Rechtsanwalt Dr. Herbert Franke geltend, daß dieser Paragraph nicht passe, da der Angeklagte lediglich über die von ihm selbst gekauften Fahrkarten, also sein Eigentum, verfügt habe. Auch der Beiragsparagraf passe nicht, da der Angeklagte bei der Erwerbung der Fahrkarten dem Staat, d. h. sich selbst als Fahrkartenverkäufer keine falschen Vorpiegelungen gemacht habe. Der Staat habe loger eher einen Nutzen davon gehabt, da er zu einer Zeit, als das Geld noch höheren Wert hatte, den vollen Preis für die 200 Karten vereinnahmt hatte, die sonst nicht verkauft worden wären. Außerdem hätte kein Paragraph des Strafgesetzbuches den Angeklagten daran hindern können, die Karten, sein Eigentum, in irgend einem Geschäft in der Nähe des Bahnhofes billiger zu verkaufen als was sie sonst kosteten. Auch der § 350 (Amtsunterschlagung) treffe nicht zu, da er die Fahrkarten nicht in amtlicher Eigenschaft erhalten hatte, sondern sie ordnungsmäßig mit seinem Gelde erworben habe, was nicht verboten sei. Es sei tatsächlich nicht möglich, den Angeklagten auf Grund des Strafgesetzbuches zu bestrafen, allenfalls liege ein Disziplinarvergehen vor. — Das Gericht nahm Amtsunterschlagung an und verurteilte B. zu 5 Monaten Gefängnis bei bedingter Begnadigung.

Nesterepidemie.

Das „Nestbauen“ im Walde durch Wandervogel und Ausflügler, das früher nur vereinzelt zu beobachten war, artet immer mehr zu einem groben Unfug aus und wirkt geradezu epidemisch. Nicht nur Jugendliche, auch ganze Familien beteiligen sich an diesem Waldunfug. An manchen Stellen sieht man solche Nester von mehr als einem halben Meter Höhe und 6–8 Meter Umfang gleich zu Dutzenden. Rücksichtslos werden von den Waldbauern alle erreichbaren Zweige abgehauen und im Kreise aufgeschichtet. Vielfach nimmt man auch aus gestültem und zu Raummetern geordnetem Holz die Stämme heraus, um damit den Nestbau zu befähigen. Hier schlafen diese Ausflügler gewöhnlich nur eine Nacht und überlassen dann den Zweighäufen dem Verderben. Andere Ausflügler wollen nicht das Verloste, meist mit Unrat gefüllte Nest benutzen und bauen sich ein neues. Die von den Forstarbeitern behauenen, einen Meter langen Hölzer können sie wegen ihrer Schwere nicht mitnehmen. Somit würden sie es sicher tun. Wäähm müssen die Forstarbeiter die Hölzer wieder zusammensuchen und erneut aufrichten. Ganze Baumstämme, die von den Holzablagern durch Freibühnen entnommen sind, sieht man weit von der Lagerstelle entfernt im Wasser treiben, bis sie von irgendwem als Strandgut gekapert werden. Es ist daher begreiflich, wenn die Forstverwaltungen nunmehr angewiesen sind, gegen die unverantwortlichen Vermüftungen mit der größten Strenge vorzugehen. Protestiert die Bevölkerung gegen das Abholzen ganzer Waldteile, so hat sie auch die Pflicht, die Wälder gegen Naturräublinge zu schützen.

Gedrihte Straßendäume.

Wer geht durch die baumbestandenen Straßen, Alleen und Promenaden der Außenbezirke Berlins wandert, der wird entsetzt sein, wieviel an den Straßendäumen gesündigt worden ist. Überall da, wo in den Baumstrecken oder auf den Plätzen die heranwachsenden Bäume zu dicht stehen und den Anwohnern die Zimmer verdunkeln, hat man, so wird uns aus Kreisen von Freunden der Natur geschrieben, die Reihen der Bäume nicht etwa gelichtet, sondern sie in der erbärmlichsten Weise ihrer Kronen beraubt. Wenn jungen Bäumen, namentlich Linden und Ahorn, derart die Krone beschnitten und gestutzt werde, so wächst die Krone dichter und verkräutelt zu einem Busch von kleinen Ästen und Zweigen, ohne die schöne eigentümliche Form zu gewinnen, die jede Baumart hat. Es werden auf diese Weise geduckte, gleichmäßig geschnittene, dicke Straßendäume „gedriht“ und es wird höchste Zeit, daß den örtlichen Gartenbauern gezeigt wird, wie Bäume nicht behandelt werden sollen. Sind sie infolge des starken Wachstums der Strahe über den Kopf gestiegen, so müssen sie ganz entfernt und die Baumreihen gelichtet werden. Es hat aber keinen Zweck, Baumstämme stehen zu lassen und damit lediglich zur Verhöhlung des Straßenschnittes beizutragen. Darum ganz fort mit den geköpften misshandelten Bäumen, die die Folge einer ursprünglich schlechthaltigen und zu dichten Pflanzung darstellen, damit die übrigbleibenden Bäume sich desto schöner und naturkräftiger entfalten können. — Hoffentlich werden diese Rügen und Vorschläge nun nicht wieder dahin mißverstanden, daß man in den Straßen „Kahlschlag“ walten läßt.

Der Ankersum-Landesausstellungspark am Lehrter Bahnhof, der in kurzem eröffnet werden soll, wird dem Volk nicht nur Unterhaltung, die es beim Besuch des prächtigen Schweizer Dorfes durch eine Fahrt auf der riesenhohen Berg- und Talbahn usw. finden wird, bieten, sondern auch Belehrung zum Schönen. Auf einem großen Teil des Parkterrains wird sich Alt-Berlin erheben, eine naturgetreue Nachbildung von Partien aus dem alten, von uns nicht mehr gekannten alten Berlin. Mit den Entwürfen wurde Hans Baluschek betraut, dem die Kunst, wie bekannt, starke materielle Schwierigkeiten aus dem Proletarierleben verdankt. Umgeben von den altväterlichen, in ihrer Behaglichkeit und Breitebeinigkeit anheimelnden Häusern, wird sich ein Tanzplatz im Freien befinden, ein Tanzplatz, wie ihn unsere Großeltern kannten, als „der Tanz noch um die Linde“ ging.

Schiffungslück in der Danziger Bucht.

In der Danziger Bucht ereignete sich gestern ein schweres Schiffungslück. Der dänische Auswandererdampfer Polonia rampte durch falsches Manövrieren den Schlepddampfer Weichsel mitschiffs so stark, daß der Schlenper völlig umgeworfen wurde und sofort versank. Der Kapitän und mehrere Matrosen sprangen ins Wasser und wurden von dem Vorkeschiff gerettet. Ein Maschinist ist mit dem Schiffe versunken. Der Dampfer Polonia wurde nur unbedeutend beschädigt und konnte in den Danziger Hafen geholt werden.

„Volk und Welt“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Warm und noch vielfach heiter, doch abendwärts stärker bewölkt bei örtenteils schwachen südlichen Winden. Gemitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

5. Kreis. Friedrichshagen. Ernst Abend, 7 Uhr. Parteivorstellung aller drei sozialistischen Parteien in der Schule Friedrichsburger Straße 4. Thema: „Die Aufgaben der sozialistischen und kommunistischen Elternräte im Kampf gegen die Schulreform“. Referent: Lehrer Hübnert. Materialausgabe. Mitgliedschaft zur Legitimation mitbringen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Achtstundentag und die Gewerkschaften.

Wie die Gewerkschaften, besaßte sich auch die Tagung der hiesigen Dunderischen Gewerkschaften mit dem neuen Arbeitszeitgesetz. Wir haben darüber auf Grund eines Korrespondenzberichts das Wesentliche veröffentlicht. Wie uns nun der Referent zu dieser Frage auf dem Verbandstag der Gewerkschaften, Herr Schuhmacher, mitteilt, geht der von uns veröffentlichte Korrespondenzbericht von falschen Voraussetzungen aus. Herr Schuhmacher verlangte in der von ihm vorgelegten Resolution, daß die im Arbeitszeitgesetz vorgesehenen Ausnahmen nicht im einzelnen festgelegt, sondern der tariflichen Regelung vorbehalten werden sollen.

Herr Schuhmacher macht nun gegenüber einer potentiellen Wendung unseres Berichts darauf aufmerksam, daß die der Standpunkt sämtlicher Arbeitervertreter im Reichswirtschaftsrat ist, wo der Belegentwurf beraten wurde. Wir können nach Prüfung der Frage uns nur freuen, daß Herr Schuhmacher in diesem Falle den Standpunkt der Arbeitervertreter teilt. Wir wollen vor allem Arbeiterrechte und nicht einen lediglich polizeilich-bureaucratischen Arbeiter-Schutz. Es muß das Recht der Arbeiterorganisationen sein, darüber zu bestimmen, was nach Lage der Wirtschaftsverhältnisse als Überschreitung des Achtstundentages im einzelnen zulässig ist. Und heute sind die Gewerkschaftsorganisationen im allgemeinen eine solche Macht, daß sie in der Lage sind, ihren Standpunkt durchzusetzen; jedenfalls sachkundiger und wirksamer als irgendein Aufsichtsbeamter.

Nun mag es allerdings in gewissen Berufen Fälle geben, besonders in solchen, wo der handwerkliche Betrieb noch überwiegt, wo die Gewerkschaft nicht immer und nicht überall in der Lage ist, als gleichberechtigter und gleichwertiger Verhandlungspartner aufzutreten. Wird aber im Gesetz festgelegt, daß Ausnahmen vom Arbeitszeitgesetz nur zulässig sind auf Grund einer tariflichen Regelung zwischen Unternehmer und Arbeiterorganisationen, dann wird diesen auch in den erwähnten Berufen dadurch der Rücken gestärkt. Denn während sonst eine polizeiliche Genehmigung genügt, die in den meisten Fällen durchaus nicht den Wünschen der Arbeiter entsprach, werden künftig die betreffenden Unternehmer gezwungen sein, sich an die zuständige Arbeiterorganisation zu wenden, um sich mit ihr über eine Regelung der Arbeitszeit zu verständigen.

Lohnbewegung der Goldschmiede.

Die im Beruf der Goldschmiede beschäftigten Gesellen, Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen am Donnerstag in einer Versammlung den Bericht der Branchenkommission über die Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Lohnvertrages entgegen, der von Heipt erstattet und von Henschel ergänzt wurde.

Durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, der unter dem Vorsitz von Dr. Delius am 20. Mai gefaßt wurde, sind die Parteien nach § 10 des alten Tarifs verpflichtet, einen neuen Tarif abzuschließen, der sogar 6 Wochen nach Kündigung in Kraft treten muß. Wenn auch der alte Tarifvertrag gekündigt worden sei, bleibe doch dieser § 10 in Kraft, der die Parteien auch über den 1. April 1922 hinaus binde.

Henschel machte davon Mitteilung, daß er sich schriftlich an den Vertreter der Arbeitgeber gemeldet und um eine Verhandlung nachgesucht habe. Bisher sei eine Antwort aber nicht eingegangen. — Auf ein schriftliches Ersuchen der Gesellen an die Arbeitgeber im „Lindenortel“ ist von diesen die Antwort eingegangen, daß sie es ablehnen, über Lohnforderungen in Verhandlung zu treten. Hier-nach bleibe nur übrig, entweder in den Streik zu treten, oder den Schlichtungsausschuß erneut anzurufen, um so die Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zu bringen.

Die sehr umfangreiche Aussprache, in der hervorgehoben wurde, daß in kleinen Städten des Reiches bessere Arbeitsbedingungen vorhanden sind, als in Berlin, hatte zum Ergebnis, daß der Schlichtungsausschuß unverzüglich erneut angerufen und ein Mindestlohn von 30 M. pro Stunde, für die Arbeiterinnen 70 Proz. dieses Lohnes, gefordert werden soll.

Die Juniilöhne im Berliner Töpfergewerbe.

Bei der erneuten Verhandlung am 8. Juni 1922 wurde mit den Unternehmern folgendes vereinbart. Ab 1. Juni 1922 rückwirkend bei Lohnarbeit pro Stunde 33 M. Bei Akkordarbeiten 3100 Proz. auf den bestehenden Berliner Lohnvertrags von 1914. Die Verhandlungen betreffen des Provinzialtarifs haben am 9. Juni 1922 stattgefunden, die Bekanntmachung über das Ergebnis findet nach Beendigung der Verhandlung sofort statt.

Neue Löhne im Holz- und Kohlenhandel.

Eine sehr stark besuchte Versammlung der auf den Holz- und Kohlenplätzen Groß-Berlins beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Kutscher, Handwerker und Wächter usw. nahm am Donnerstagabend den Bericht über das Ergebnis der Lohnverhandlungen entgegen. Redner waren Dilge, Albrecht und Böhmert. Der Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin bewilligte den Kutschern auf den bestehenden Wochenlohn von 1060 M. einen Zuschlag von 135 M. (für Pferdepflege wird außerdem eine Entschädigung bezahlt). Die gleiche Zulage wird den Lastkraftwagen- und Kranführern auf ihren Wochenlohn von 1065 M. gewährt. Die künftigen Arbeiter erhalten zu ihrem Stundenlohn von 22,50 M. einen Zuschlag von 2,85 M. Arbeiterinnen zu ihrem Stundenlohn von 21,25 M. ebenfalls 2,85 M. Aushilfsarbeiter zum bestehenden Stundenlohn von 23,50 M. den Zuschlag von 3,85 M. Der Lohn für Wächter wird um 135 M. wöchentlich erhöht. Anweiser, Stellente, Portiers und Handwerker sollen die gleiche Lohnzulage erhalten. Die Handwerker außerdem noch einen Stundenzuschlag von 2 M. Auch den Vorarbeitern ist zum bisherigen Wochenlohn von 1105 M. der Zuschlag von 135 M. bewilligt worden.

Über einige tarifliche Positionen konnte nicht berichtet werden, weil der amtliche Text des erst am selben Tage gefällten Schiedspruches noch nicht vorlag.

Die Versammlung nahm von der Entscheidung widerspruchlos Kenntnis. Am Schluß der Versammlung wurde eine neue Lohnkommission gewählt.

Aus der Partei.

Zum Fall Lensch.

Der Bezirksvorstand der Provinz Brandenburg schreibt uns: In der unabhängigen und kommunistischen Presse wird durch die Tatsache, daß Dr. Paul Lensch nach seinem Uebertritt zur „Deutschen Rügen Ztg.“ aus der Partei noch nicht ausgeschlossen ist, häßlich gefolgert, daß die Partei die Haltung Lenschs als nicht schwerwiegend genug ansehe, ihn kurzerhand zum Tempel hinauszujerkeln. Wir bemerken hierzu folgendes: Selbst bei schwerwiegendsten Delikten steht das Organisationsstatut ein geordnetes Ausschlußverfahren vor. Das Bezirkssekretariat hat bereits unter dem 31. Mai — an diesem Tage erschien die erste Meldung in einem bürgerlichen Blatt — Lensch brieflich aufgefordert, zu erklären, ob die in bürgerlichen Zeitungen auf ihn bezugnehmenden Mitteilungen zutreffend sind. Lensch hat noch nicht geantwortet. Eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins Nowawes, in dem Lensch Mitglied ist, beschloß sich am 14. Juni mit dieser Angelegenheit. Wir zweifeln nicht, daß dann das Ausschlußverfahren seinen vorchriftsmäßigen Gang nimmt. „Reinigungschriften“ ähnlich denen, wie sie in der SPD. periodisch angewandt werden müssen, bestehen in unserer Partei glücklicherweise nicht. Bei uns hat ein jedes Parteimitglied Anspruch auf ein geordnetes Verfahren.

Verantw. für den Inhalt: Tell: Kreis Mitte, Berlin-Verkehr: für Nachrichten: E. Stöckel, Berlin. Verlag: Dornowitz, Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Dornowitz-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Emil Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2.

Am Freitag d. 9. Juni
beginnt unsere

10- 20- 30- 50-

**billige
Serien
Woche**
**Jetzt
kaufen
heisst für Sie
Geld sparen!**

- Serie I**
- 1 Wachstumleitungsschoner
 - 1 Dtzd. Papierkragen
 - 1 Scheuertuch, 1 St. Haus- haltseife, 1 Flasche Sidol und 1 Paket Blitzblank
 - 2 Vorratstonnen
 - Badekappen
 - Erstlings-Hemden
 - Mod. Damenhutformen
 - 3 Tassen
 - Wäsche-Stickerei

- Serie II**
- 5 Speiseteller tief oder flach
 - 1 Emaille-Stielkasserolle
 - 1 Paket Seifenpulver, Kern- u. Oberschalseife
 - 1 Sportmütze
 - 3 Damentücher
 - 6 Kompotteller
 - 6 Kaffeebecher
 - 1 Wasserkrug
 - Bade-Hosen

- Serie III**
- Hemdenflanell
 - Damenstrümpfe
 - 1 Waschbrett
 - 1 Waschständer
 - 1 Waschbecken
 - 1 Satz Schüsseln
 - Rockstickerei
 - Sweater
 - Untertaillen
 - Tändelschürze
 - Mod.garn. Damenhüte

- Serie IV**
- Jägerflanell
 - Blusenflanell
 - 1 Gartentischdecke
 - 1 Mtr. Läufertuch
 - Kochtöpfe
 - 1 Besteckkasten, 1 Putz- kast., 1 Kammk., 1 Quir- brett
 - 1 Küchenlampe
 - 1 Staubwedel
 - Turnerhemden
 - Hemdenpassen

LOEWENBERG & CO
DAS BILLIGE KAUFHAUS DES NORDENS • SWINEMÜNDERSTR. 86 • ECKE LORTZINGSTRASSE

Billige Bettwäsche, Leibwäsche
Waschzeug, feine Stoffe, in gut. Herabbeig.
Bettbezug 375,- 295,- 245,-
Riffen . . . 85,- 70,50
Cafen . . . 195,- 160,- 119,-
Cafemäße, Extra-Handgebot!
Fertige: Suletta, Dainti, Wälschstoffe.
Gartentischdecken, Handtücher, sehr billig!
Lieferung großer Vereinigungen.
Wäschefabrikation am Winterfeldtpl.
Goltzstr. 26, Schöneberg, Kolonnenstr. 62
1. u. 2. Hofstr. 11, v. Hofstr. 10b

**Noch
Möbel
billig**
aufgeräumt
zu kaufen.
Besuch lohend.
Rein Kaufmann
Neugebauer
Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 121, I.
Ecke Schillerstr.
Rein Laden.
Geschäftszeit 9-1.
1/3-7 Uhr.

Herrenartike
Hüte, Mützen, Oberhemden,
Unterwäsche, Handschuhe,
Krawatten, Socken, Schirme,
Westen, Socken, Träger etc.
gut preiswert
bei größter Auswahl
Deutsche Hut-Compag. Neukölln
Hermannstr. 42-43
Verleger Bismarckstr. 3 Per. Scholl.

Korbmöbel
Gärten, Bal-
kone, Wohn-
u. mod. u. dau-
erhafter Ausst.
Korbessel
Gr. Auswahl
Besicht. erbet.
Heinr. Koese
Korb- u. Korbmöbel
Neukölln, Berl. Str. 83
Gurg. pt. (Gala Lad.)

Gardinen
Sonderangebote
Gelegenh.-Käufe
in Resten
Stores, Baldachin
Madras- und
Künstlergardinen.
Spezial-Servicevertrieb
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

Zur Reise

- offerieren wir besonders preiswert
- Reisekartons aus starker Pappe M. 8⁵⁰ 10⁵⁰
 - Coupékoffer mit 8 Vulkan-Fibre-E. Gr. 55 cm 60 cm 65 cm
und gutem Verschluss M. 93,- 125,- 145,-
 - Rundreisekoffer aus Fibre mit Gr. 60 cm 65 cm 70 cm
umgeb. Holzbüg. M. 555,- 595,- 625,-
 - Reisetaschen Rindleder, Maulbügelform . . . M. 675,-
 - Rucksäcke Segelleinen mit Lederriemen . M. 49⁵⁰ 59⁵⁰
 - Reiserollen Wachstuch M. 28⁵⁰
 - Plaidriemen Rindleder M. 59⁵⁰
 - Vulkan-Fibre-Koffer Lederkoffer
Rohrplatten- und Schrank-Koffer
in großer Auswahl.

Union-Bazar G.m. b. H.
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 54

**Linoleum-Spezialgeschäft
G. Bargende**

Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 79
Neu! Hauptgeschäft Neu!
Zwischen Bahnhof
Charlottenburg
u. Bismarckstr.
Windscheidstraße 11
Zwischen Bahnhof
Charlottenburg
u. Bismarckstr.
Fernspr.: Wilh. 2750 u. Stpl. 4194
Reichhaltig. Lager in Linoleum, Linoleumtü-
chern, Wandstüchern, Teppichen, Bohnerwachs, Linoleumöl.
Ausführung sämtlicher Linoleumarbeiten
durch eigenes, geprüftes Personal!

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
Mag. Motel, Schneidermstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 33, Tel. 900.
Lieferung für höchste Staatsbeamten
Wiele Anerkennungen u. Dankschreiben

Altes Restehaus
renomm.
Reste Damen-Mantelstoff, Tuchen
Affenbunt, Covercoats, Home-
span, Kostümstoffe, Kammgarne,
Gardine, sehr billig - Kleider-, Mantel-
und Futter-Seiden in vielen Farben.
Reste in Anzug- und Paletostoffen
für Herren und Knaben.
Gelegenheitskäufe in mo-
dernen Mänteln, Kostümen u. Rücken
Paul Karle
o 34, Warschauer Str. 79

**Nichts ist vorteilhafter
als ein Inserat unter
„KLEINE ANZEIGEN“
im Vorwärts. Sie sind
billig und erfolgreich**

**Teilzahlung
Garderobe**
für Damen, Herren
und Burschen
sehr preiswert
Infolge großer,
alt.Lagerbestände
bei bequemen
Ratenzahlungen
H. Typa & Co.
Berlin, Boussestr. 20

**Stoff-
Reste-
Haus**
A. M. Steinhardt
18 Collduser Damm 18
Sommer-Neubau!
Schöne Reste in
Frotté, Voile, Ga-
rardine, Tuch etc.
Reste für Herren-
Anzüge, Schläpfer
in Qualitäten,
Stauend billig!

Strumpfwaren
kauft man jetzt nur sehr
preiswert und billig im
Strumpfhaus „Werba“
Bismarckstr. 72, Ecke Lennestr.

Passage-Bad
Kottbuser
Damm 79
saftig und renou., verarbeitete folgende Säber
Baunen, Gel., Nigeltannad., Stahl-, Ruff-
dum., Schwefel-, Kohlenäure-, Licht-, Zoh-
banalin-, Dampf-, fäulnis-, fäulnis-, fäulnis-
fäulnis-, fäulnis-, fäulnis-, fäulnis-, fäulnis-
Ciejer, fäulnis-, fäulnis-, fäulnis-, fäulnis-
Ru. r. com. Bad f. Dam. Mittw. 10-12

Schlechtsitz. Korsett
werden nach jed. Figur, passend unter
Garantie, taubellos umgearbeitet
Repares, Änderungen und Korsettstoffe
jegli her Art übernimmt und
führt äußerst preiswert aus
Korsettfabrik Rich. Necke
1. Geschäft: Berlin-Karlshof, Trebbin-allee 19
2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neue Zehlendorfer Str. 35
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstraße 23
Ecke Alte Jakobstraße

**Arbeitskleidung
Hosen**
von 150 bis 750 M
Hemden, Unter-
hosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware!
Billigste Preise:
Gerh. Kohnen,
Neukölln,
Hermannstr. 76-77.

Bettwäsche
zu Fabrikpreisen!
Dum.-Hemd, Hand-
tücher, Tisch-, Schürze,
Waschhandtücher!
Eckebrecht, Sum-
merstr. 10, Tel. 281

**Willst du
preiswert
Hosen
kaufen,
mußt zu
Hosen-Anders
laufen.**
A. Anders,
Beusselstr. 25

Fahrräder!
Koch, Neukölln
Bergstr. 55, Laden.
Spez.-Bch.
nur für
HöH, Ges. u. Bein.
Da schw. Fälle in 15
Tag, bes. hierüb. un-
anantb. Hellerfahr.
best. u. Ref. bestän-
dlich 108, v. 10-12 Jacoby

**Maßkorsetts
und Reparaturen**
Fr. L. Bongartz
Neukölln, Beddinst. 31
Persönlich: Neukölln 2354

Hosen!
Aussergewöhnliches Angebot!
Arbeits-hosen von 120,-
Gestreifte Hosen, schöne Must. 378,-
Ersatz für Maß 350,-
Herren-Anzüge von 1200,- an
Knaben- 250,-
Breeches, Jünglings- u. Man-
chesterhosen, Bauchhosen in
allen Größen und Welten.
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
N. Büdener Str. 25, Blauer Laden
u. d. Brunnenstr. u. d. Gesunder
Fahrverbindungen:
S. R. 25, 46, 37, 40, 41, 42, 99, III, 27
Fahrgeleitvergütung

Der von Tag zu Tag sich mehrende Zustrom von Käufern ist der beste Beweis meiner

beispiellosen Billigkeit

- Wachstoffe**
- Musseline schöne moderne Muster Meter 39⁰⁰
 - Dirndlmusseline versch. Far- benstellung 39⁰⁰
 - Batiste weiß gestreift, für Schürzen und Kleider Meter 45⁰⁰
 - Cheviots bwl. für Haus- und Straps- ziekleider Meter 45⁰⁰
 - Bauern-Leinen festes Geweb. l. Strapazierkl. 65⁰⁰
 - Voile große moderne Ausmusterung Meter 66⁰⁰
 - Fulardine in vielen modernen Dessins Meter 66⁰⁰
 - Perkal für Ober- und Sportheimden, beste Els. Ware 68⁰⁰
 - Zephir erstklassiges Fabrikat für Oberhemden Meter 95⁰⁰
 - Woll-Musseline mod. Punkte u. Streif. Mtr. 98⁰⁰
 - Frotté für Blusen und Kleider, 120 cm breit Meter 125⁰⁰
 - Voll-Voile beste Schweiz. Ware, viele mod. Farb. Mtr. 140⁰⁰
 - Sporthemden für Herren 375⁰⁰
 - Sporigürtel Gummi 14⁵⁰
 - Sportstutzen sehr haltbar 33⁵⁰
 - Sportmützen mod. Form 26⁵⁰
 - Badehosen Trikot, Ringelmuster m. Zug 15⁷⁵
 - Badeanzüge Trikot, einfarb. für Herren 69⁵⁰
 - Badeanzüge Trikot, besetzt für Damen 75⁵⁰
 - Badekappen l. a. Gummi 42⁵⁰
 - Badeschuhe schwarz 95⁵⁰
 - Bademantel gemustert 825⁰⁰
 - Frottiertücher weiß, 60x100 39⁵⁰
 - Badetücher 145x200 325⁰⁰

**Reise- und Coupékoffer,
Reise- und Handtaschen,
Reise- und Feldflaschen,
Rucksäcke**
in vielen Größen und Aus-
führungen, besond. billig

Lesser Berlin-Schöneberg Kolonnenstr. 10-11
Ecke Sedanstraße